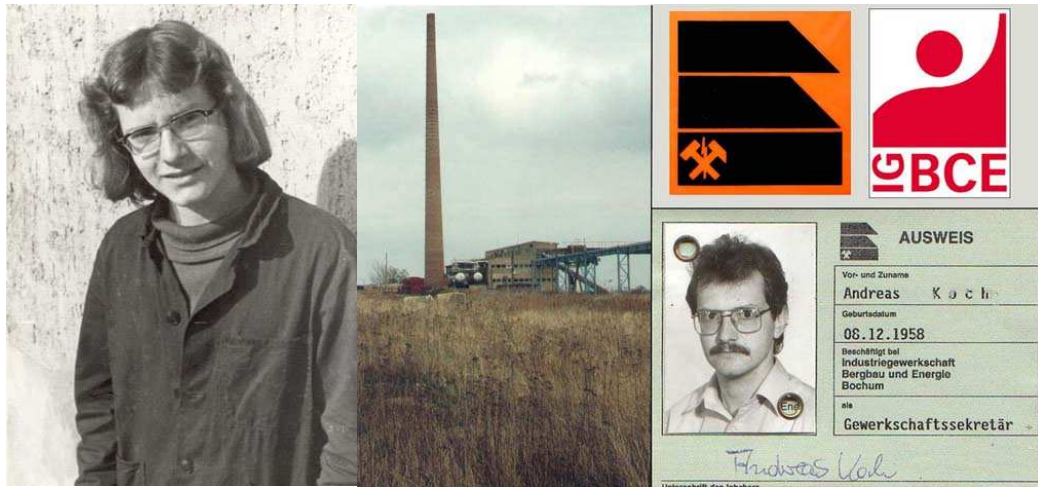


Mein Arbeitsleben



Nach einem erfolgreichen und interessanten Arbeitsleben habe ich für Freunde und Bekannte nachfolgenden Bericht erstellt. Er beinhaltet meine Arbeitsstellen sowie meine Gewerkschaftstätigkeit. Der reine Text umfasst 18 Seiten u. a. mit Wissenswertem über die Gewerkschaftsreform in der ehemaligen DDR und enthält Links (funktionieren in Word) zu jeweiligen Fotos und Darstellungen.

Inhalt:	Seite
1.0. Schulzeit, Ausbildung und Arbeitsstellen bis 1989	2
2.0. Sozialistische Hilfe und Arbeitsbedingungen	3
3.0. Ehrenamtliche und hauptamtliche Gewerkschaftsarbeit	6
3.1. Real existierender Sozialismus und Alternativen	7
3.2. Erfolgreicher Abschluss der Qualifizierung/Gewerkschaftsschule	8
3.3. Einstellung beim Zentralvorstand der IG Bergbau und Energie	9
3.4. Auswirkungen der politischen Wende auf meine Tätigkeit	10
3.5. Eine unvergessliche Dienstreise	13
3.6. Gründung der IG Bergbau-Energie-Wasserwirtschaft (IGBEW)	14
3.7. Die unzureichende Reform des FDGB und dessen Beseitigung	15
3.8. Wiederauflösung der IG Bergbau-Energie-Wasserwirtschaft	16
3.9. Gesamtdeutsche IG Bergbau und Energie (IG BE)	17
3.10. Wirken nach erfolgreichem Abschluss der Akademie der Arbeit	17
3.11. IG Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE)	18
3.12. Ausscheiden aus dem aktiven Dienst	18
4.0. Ehrenamtliches Wirken in Recklinghausen - Ausblick	19

1.0. Schulzeit, Ausbildung und Arbeitsstellen bis 1989

Ich wurde am 08.12.1958 in Gotha (Thüringen) im damaligen Bezirk Erfurt geboren, 1966 eingeschult und wie in der DDR üblich damit zugleich Junger Pionier, später Thälmannpionier, Mitglied in der FDJ, der DSF und der GST. Ich war ein fleißiger, vorbildlicher und ruhiger Schüler, der seine Mitschülerinnen und Mitschüler achtete und aufgrund seiner guten und sehr guten schulischen Leistungen regelmäßig Auszeichnungen erhielt. Insbesondere die naturwissenschaftlichen logischen Fächer, Mathematik, Physik und Chemie lagen mir sehr. 1971 errang ich bei der Kreismathematikolympiade einen ersten Preis.

Gern übernahm ich Lernpatenschaften um schwächere Schülerinnen und Schüler dabei zu unterstützen ihre Leistungen zu verbessern und die Lernziele und das Klassenziel zu erreichen. Zu einem Höhepunkt während meiner Schulzeit gehörte 1975 die Auszeichnung mit einer Reise mit dem Schülerfreundschaftszug, in die Litauische SSR der UdSSR. Hierzu gab es in unserer Klasse während des Russischunterrichts eine demokratische Kampfabstimmung.

Nach erfolgreichem Abschluss der Polytechnischen Oberschule mit dem Prädikat „Mit Auszeichnung“ und der Auszeichnung mit einem Diplom begann ich am **01.09.1976 bei der Energieversorgung Gotha eine Ausbildung zum Maschinist für Wärmekraftwerke**. Die theoretische Ausbildung fand in Gera bei internatsmäßiger Unterbringung statt. Ursprünglich sollte mein späterer Einsatz im Heizwerk Eisenach erfolgen, wo ich auch meine ersten praktischen Einsätze hatte. Aber man zeigte zeitig im Heizwerk Gotha-West Interesse an mir.

Meinen Turbinenlehrgang absolvierte ich im Heizkraftwerk Gotha-Ost (HKW Gotha-Ost). Während meiner Ausbildung wurde ich **besten Lehrling meines Ausbildungsberufes** und hierfür beim Minister für Kohle und Energie in Berlin mit der [Karl-Liebknecht-Medaille](#) ausgezeichnet. Aufgrund der guten Leistungen weiterer Lehrlinge wurde unser Lehrlingskollektiv mit dem Titel [„Bestes Lehrlingskollektiv“](#) ausgezeichnet. Meine Lehrzeit beendete ich vorzeitig (1/4 Jahr) und nahm meine Tätigkeit im [Heizwerk Gotha-West](#) sofort mit der Lohngruppe 6 auf. Üblich war der Einstieg mit der Lohngruppe 5.

Aufgrund meiner Arbeitsleistungen erhielt ich ab dem 01.12.1978 die Lohngruppe 7 und wurde **1979 ins neu errichtete umsetzbare Ölheizwerk (UHW Gotha-West) versetzt**. Dort wurde ich **Obermaschinist und musste, wenn auch mit etwas Verzögerung mit der Lohngruppe 8 entlohnt werden. Das war die höchste Lohngruppe, die ich in meiner Berufsgruppe erreichen konnte**. Meine Tätigkeit wurde bis 1989 nur durch den Grundwehrdienst, einen Reservisteneinsatz und den Besuch von Gewerkschaftsschulen unterbrochen. Außerdem durfte ich mehrmals sozialistische Hilfe in anderen Heiz- und Kraftwerken leisten.

Nach meinem Grundwehrdienst bei der NVA wurde ich wieder in das Heizwerk Gotha-West versetzt, da das umsetzbare Ölheizwerk (UHW) in den

Reservezustand versetzt wurde. Um Heizöl durch Kohle zu substituieren und weitere Betriebe an das Fernwärmeversorgungssystem anzuschließen, hatte man zwischen dem HKW Gotha-Ost, das noch Dampfreserven besaß, und dem Heizwerk/UHW Gotha-West eine Dampftrasse gebaut. Bei besonderen Versorgungslagen wurde das mit Heizöl befeuerte UHW Gotha-West dann reaktiviert. Das Bedienpersonal, zu dem auch ich gehörte, wurde dafür vorübergehend aus dem laufenden Betrieb des HW Gotha-West abgezogen.

2.0. Sozialistische Hilfe und Arbeitsbedingungen

Sozialistische Hilfe durften neben volkswirtschaftlich erforderlichen Gründen auch u. a. diejenigen leisten, die kritische Bemerkungen in Schicht- und Arbeitsschutzkontrollbücher schrieben und in Gewerkschafts- und Parteiversammlungen offen ihre Meinung über die Misswirtschaft sagten. Bedingt durch meinen Studienplatzwunsch war ich bis Ende 1989 eins von 2,3 Millionen SED-Mitgliedern. Es gab zwar mehrmals Gründe zum Austritt, aber damit hätte ich mir meine Zukunft - wie viele andere auch - gänzlich verbaut. Außerdem wollte ich etwas mit verändern. Das mit dem eigentlichen Ziel der Verbesserung der Arbeit- und Lebensbedingungen nahm ich ernster als so mancher Funktionär. In Anwesenheit eines höheren Funktionärs der SED-Kreisleitung Gotha hatte ich beispielsweise offen kritisiert, dass der Beschluss der SED nicht funktionieren wird, an alle Dampferzeugern des Heizwerk Gotha-West im Winter Rohbraunkohle (RBK) im vorgesehenen Mischungsverhältnis einzusetzen.

Eigentlich war die Wanderrostfeuerung unserer 6 Dampferzeuger für die Verbrennung von Braunkohlenbriketts (BB) konzipiert, worüber es sich generell streiten lässt. Denn Braunkohlenbriketts sind ein teurer und energieintensiver Brennstoff, der besser für den Einsatz in Haushalten geeignet ist. Deshalb sollten die Braunkohlenbriketts durch Rohbraunkohle substituiert werden, was eigentlich Sinn macht, aber trotz zusätzlicher Einbauten in unserer Anlage nicht im von der SED vorgegebenen Mischungsverhältnis funktionierte.

Um dennoch Leistung fahren zu können, mischten unsere Kranfahrer so viele Briketts bei, damit das Gemisch überhaupt brannte. Weil jedoch immer mit dem von der SED vorgegebenen Mischungsverhältnis abgerechnet wurde, stimmten die Kohlenlagerbestände nie. Im Ergebnis bekam unser Meister, der gleichzeitig Parteigruppenorganisator der SED des Heizwerkes Gotha-West war, regelmäßig Verweise und Parteirügen. **Weil ich vor dem Funktionär der SED-Kreisleitung die Wahrheit offen gesagt hatte, durfte ich am nächsten Tag bei unserem - von der SED eingesetzten - Heizwerksleiter zum Rapport antreten. Damit war ich natürlich auch für den nächsten Einsatz zur sozialistischen Hilfe vorgemerkt.**

Einige Kollegen im Heizwerk/UHW Gotha-West nannten mich nicht nur aufgrund meines guten Ausbildungsabschlusses ihren „Professor“ sowie bedingt durch meine Offenheit und dem Einsatz für andere Kolleginnen und Kollegen oft ihren „!Betriebsrat!“ und schlugen mich mehrfach vergeblich zur

Auszeichnung als „Aktivist der Arbeit“ vor. Vielleicht war ich manchmal eben doch zu kritisch gegenüber Vorgesetzten, die teilweise systembedingt gar nichts für ihre Unfähigkeit und Untätigkeit konnten? Dafür war ich stolz darauf, wenn ich beispielsweise einen guten Kollegen für Auszeichnungen durchbekam, der z. B. nicht in der SED war oder nicht andere unsinnige Anforderungen erfüllte.

Während meiner Laufbahn als Obermaschinist leistete ich mehrmals sozialistische Hilfe im Heizkraftwerk Gotha-Ost sowie im Heizwerk Erfurt-Ost-IV. Solche „Sondereinsätze“ waren interessant, denn man erfuhr u. a. auch etwas über die Misswirtschaft in anderen Bereichen. Bei meinem Einsatz im Heizwerk Erfurt-Ost-IV arbeitete ich im Winter 1980/81 für 2 ½ Monate unter Baustellenbedingungen jeden Tag 12 Stunden. Wir fuhren 10 Tagdienste und anschließend 10 Nachtdienste. Dann begann alles wieder von vorn, ohne freien Tag. Eigentlich nicht zu verantworten, aber dennoch in der Energiewirtschaft und in anderen Zweigen im real existierenden Sozialismus möglich!

Das Heizwerk Erfurt-Ost-IV war ein SED-Parteitagobjekt zu Substituierung anderer Brennstoffe durch Rohbraunkohle und wurde damals in Rekordbauzeit errichtet. In dieser Anlage, die glücklicherweise mit einer entsprechenden Schwingschubrostfeuerung ausgerüstet war, brannte die Rohbraunkohle (von uns auch Mutterboden genannt) ausgezeichnet. Dafür gab es andere Schwierigkeiten, etwa eine ungeeignete Wasseraufbereitungsanlage, die für eine Wasserhärte bis ca. 6 GdH ausgelegt war, jedoch mit Brunnenwasser der Härte 40 gefahren werden sollte. Außerdem froren im Winter zahlreiche Wasserleitungen im Bereich der Außenanlagen ein.

Dies war jedoch bei meinem befristeten Einsatz zu verschmerzen. Jedoch nicht, dass ein Lehrling bei laufender Bekohlungsbandanlage Reinigungsarbeiten an den Walzenrollen ausführte und dabei tödlich verunglückte. Sicher hatte ihn, der auch nur Sozialistische Hilfe leistete, niemand richtig eingewiesen und dieses Vorgehen untersagt. Traurig und Schmerzlich zugleich. Die genauen Konsequenzen dieses schrecklichen Ereignisses sind mir jedoch nicht bekannt.

Weiteres zur Produktion von Dampf unter Baustellenbedingungen und zum Einsatz von ausgeliehenem Personal möchte ich an dieser Stelle jedoch nicht berichten. Nur, dass auch ich kurz vor Abschluss meines Einsatzes, den ich mir nach 2 Monaten harter Arbeit sogar noch erkämpfen musste, ebenfalls einen Arbeitsunfall (Wegeunfall) hatte. Ich verunglückte nicht zuletzt aufgrund meiner Arbeitsüberlastung bei einem schweren Verkehrsunfall, bei welchem ein Kollege verletzt und unser Wartburg 312 [einen Totalschaden](#) erlitt.

Erkämpfen musste ich mir die Beendigung meines eigentlich nur für 2 Monate vorgesehenen Einsatzes, obwohl meine Frau zu diesem Zeitpunkt mit unserem 2. Kind hoch schwanger war und wir in einer feuchten, mit jeder Menge Braunkohlebriketts ofenbeheizten Parterrewohnung wohnten. Unser von der SED eingesetzter Heizwerksleiter, Wolfgang Z., wollte mich zu einem noch längeren Einsatz zwingen, indem er mir durch eine vorgesehene Qualifizierung

(Besuch einer Gewerkschaftsschule) einen Strich machen wollte. Ich blieb jedoch standhaft, ließ mich nicht erpressen und absolvierte später mit Erfolg meine gewünschte gewerkschaftliche Qualifizierung (siehe 3.2.).

Für den zerstörten PKW sah ich jedoch keinen Pfennig Schadenersatz, da ich keine Vollkaskoversicherung hatte und der Delegierungsvertrag für meinen Einsatz nicht wie zugesagt formuliert war bzw. nicht vorlag. Zu Gesicht bekam ich ihn nie. Von unserem Betriebsgewerkschaftsvorsitzenden (BGL) und dem SED-Parteisekretär erhielt ich in dieser Frage keine nachhaltige Unterstützung. Vielleicht, weil ich nicht mehr, wie von ihnen gewünscht, BGL-Vorsitzender werden wollte und sie einen anderen geeigneten Kollegen finden mussten? Freiwillige dafür gab es eigentlich nur wenige. Ich war eine der Ausnahmen.

Um mein Kilometergeld musste ich ebenfalls, jedoch mit Unterstützung des BGL-Vorsitzenden, 1 ½ Jahre kämpfen. Vielleicht wollte man mich mit diesen Verhaltensweisen/Blockadehaltungen weich klopfen oder zu unbedachten Äußerungen oder Taten verleiten, die mir meinen vorgezeichneten Weg versperren sollten. Ich hatte zu diesem Zeitpunkt nämlich die Zusage, nach erfolgreichem Abschluss einer Gewerkschaftsschule hauptamtlicher Gewerkschaftsfunktionär beim Zentralvorstand der Industriegewerkschaft Bergbau-Energie (IG BE) in Halle und später in Berlin zu werden und nicht, wie gewünscht, BGL-Vorsitzender der Energieversorgung Gotha. Ich erhoffte mir, mit diesem Schritt zu einer hauptamtlichen Tätigkeit die Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen mit verbessern zu können.

Vom Zentralvorstand der IG BE aus wollte ich mich dann insbesondere wirksam für die Arbeitsbedingungen meiner ehemaligen Kolleginnen und Kollegen einsetzen, die unter dem Einsatz ungeeigneter Brennstoffe litten. Die Staub- und Rauchgasentwicklung stieg beispielsweise durch die anvisierte Umsetzung der SED-Beschlüsse zum Einsatz von Rohbraunkohle neben der zusätzlichen Umweltbelastung im Kesselhaus unvertretbar an. Ich bekam dadurch manchmal regelrechte Brechanfälle und musste für kurze Zeit ans offene Fenster. Das Ergebnis einer entsprechenden Messung, die ich durch beharrliche Forderungen erwirken konnte, bekamen wir nie zu Gesicht. Uns wurde aber versichert, dass die Werte zu hoch waren, also gesundheitsschädliche Arbeitsbedingungen!

In dieser Frage wollte ich später u. a. vom Zentralvorstand der IG Bergbau-Energie aus auf gewerkschaftlicher Ebene Druck ausüben. Da hatte ich mir ganz schön was vorgenommen. Die hätten mich mit großer Sicherheit zurückgepfiffen, damit ich keine SED-Beschlüsse torpediere. So weit ging das mit dem Ziel einer Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen im real existierenden Sozialismus dann in der Praxis doch nicht.

Außerdem wollte ich mich vor der Verjährung um meine Schadenersatzansprüche kümmern. Ein Gutachten über die Schadenhöhe lag bereits vor. Durch den Trubel der Wendezeit (ab Kapitel 3.4.) ging diese Frage jedoch unter,

denn ich sollte mit der politischen Wende anspruchsvolle Aufgaben bekommen. Außerdem löste sich die Energieversorgung Gotha in der Umbruchphase auf.

3.0. Ehrenamtliche und hauptamtliche Gewerkschaftsarbeit

Wegen der Rücknahme meiner Verpflichtung aus der Schulzeit zu einem längeren Wehrdienst wurde ich nicht, wie eigentlich üblich, sofort nach meiner Ausbildung, sondern erst kurz vor meinem 23. Geburtstag zur NVA einberufen. (Eine weitere Verschiebung aufgrund der bevorstehenden Geburt unseres 1. Kindes und dem gerade begonnenem Ausbau einer Um- und Ausbauwohnung war auf meine Anfrage hin eigentümlicherweise nicht möglich.) Vor Ableistung meines Grundwehrdienstes kam jedoch systembedingt kein Studium zum Kraftwerksingenieur in Frage, was ich ursprünglich im Direktstudium und später im Fernstudium beabsichtigte. Doch daraus sollte nichts werden.

Nach Beendigung meines Grundwehrdienstes und Rückkehr in die Energieversorgung Gotha bekam ich bezüglich meines Studienplatzwunsches in der Kaderabteilung die Auskunft, dass ich zwar das Recht auf ein Fernstudium hätte, jedoch gegenwärtig kein Bedarf bestehen würde. So sahen die Bildungs- und Qualifizierungschancen im Arbeiter- und Bauernstaat aus. Ursache der Ablehnung meines Fernstudienwunsches sehe ich noch heute darin, dass ich die Verpflichtung aus meiner Schulzeit für einen längeren Wehrdienst bei der Nationalen Volksarmee zurückgezogen und nur meinen Grundwehrdienst für 1 ½ Jahre abgeleistet hatte. Zur Musterung hatte ich nämlich geäußert, dass ich meinem Staat besser dienen könne, wenn ich sofort nach der Ausbildung meinen Grundwehrdienst und anschließend mein Studium zum Kraftwerksingenieur absolviere. Man sah das wohl nicht nur auf dem Wehrkreiskommando anders.

Wegen meiner guten Arbeitsleistungen und meiner Offenheit, auch in Partei- und Gewerkschaftsversammlungen, entdeckte mich jedoch Jahre später unser Betriebsgewerkschaftsleitungsvorsitzender (BGL-Vorsitzender) als seinen Wunschnachfolger und weckte in mir das Interesse an der ehrenamtlichen Gewerkschaftsarbeit. Da ich trotz meiner offenen Kritik kein Systemgegner war und ständig mit meinen Vorschlägen versuchte, die Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen zu verbessern, eignete ich mich also für die gewerkschaftliche Laufbahn. Außerdem war ich eins von 2,3 Millionen SED-Mitgliedern, wenn auch ohne Funktionen.

Nachdem man (ich) mir Jahre vorher den Weg für ein Fernstudium zum Kraftwerksingenieur verbaut hatte, griff ich den Vorschlag unseres BGL-Vorsitzenden auf, denn ich wollte u. a. nicht mein ganzes Leben im 4-Schichtsystem und unter unzumutbaren und ungesunden Arbeitsbedingungen arbeiten.

Zur nächsten Gewerkschaftswahl kandidierte ich als Vertrauensmann und wurde von meinen Kolleginnen und Kollegen auch gewählt. Einige Kollegen im Heizwerk/UHW Gotha-West nannten mich, wie bereits erwähnt, nicht nur

aufgrund meines guten Ausbildungsabschlusses ihren „Professor“ sowie bedingt durch meine Offenheit und dem Einsatz für andere Kolleginnen und Kollegen oft ihren „!!Betriebsrat!!“. Nach einem 3-monatigen Besuch der [Bezirksgewerkschaftsschule](#) in Lengfeld unter dem Stein wurde ich ehrenamtlicher Abteilungsgewerkschaftsleitungsvorsitzender (AGL-Vorsitzender) im Heizwerk Gotha-West, Mitglied der [Betriebsgewerkschaftsleitung](#) (BGL) der Energieversorgung (EV) Gotha und [Kandidat des Bezirksvorstandes der IG Bergbau-Energie des Bezirkes Erfurt](#).

3.1. Real existierender Sozialismus und Alternativen

Dem hauptamtlichen SED-Parteisekretär der Energieversorgung Gotha habe ich nach dem 3-monatigem Besuch der Bezirksgewerkschaftsschule auf die Frage nach den gewonnenen Erkenntnissen u. a. gesagt, dass das mit dem Sozialismus nichts wird, wenn wir nicht mit den selben Mitteln und Methoden produzieren, wie die Kapitalisten dies tun. Da war er ganz schön von den Socken und zeichnete sofort das Bild einer sich dann automatisch einsetzenden Massenarbeitslosigkeit. Ich entgegnete ihm, dass er sich deshalb in der DDR keine Sorgen machen müsse. Es gäbe noch genug zu tun, im Wohnungsbau, im Straßenbau, im Bau von kulturellen Einrichtungen usw.

Der SED-Parteisekretär konnte als geschulter SED-Kader jedoch nicht nachvollziehen, dass ich eine ebensolche Arbeitsweise verlangte, wie im Kapitalismus. Ich wollte ja gar keinen Systemwechsel, sondern nur die Wirtschaft beschleunigt sehen, um mehr und besser zu produzieren und um die sozialen Sicherungssysteme weiterhin finanzieren zu können.

Ich stand nach meinem ersten Besuch der Bezirksgewerkschaftsschule, in welcher auch die politische Ökonomie des Kapitalismus gelehrt wurde, für einen marktwirtschaftlichen (ökonomischen) Sozialismus, nicht für die Marktwirtschaft. Marktwirtschaft ist nicht human, sondern brutal! Sie wird auch nicht dadurch sozial, indem man das Wort „sozial“ einfach davor setzt. Die Politik muss auch ständig im positiven Sinne danach handeln!

Ich stehe auch heute noch für ökonomische Produktionsprinzipien aber sie müssen eine Teilhabe aller Willigen und Bedürftigen am Ergebnis des Wirtschaftens ermöglichen. Und nicht einer immer kleiner werdenden Ober- und Mittelschicht. Die immer weiter auseinander klaffende Einkommens- und Vermögensschere muss deshalb im Interesse einer humanen Gesellschaft politisch verkleinert werden. Darüber hinaus müssen tatsächlich gleiche Bildungs- und Aufstiegschancen geschaffen werden.

Wie weit die DDR jedoch damals z. B. auf ökonomischen Gebieten tatsächlich hinterher hinkte, ahnte ich nicht. Ich durfte ja, [wie fast alle DDR-Bürger](#), vor der Wende nicht in den Westen reisen. Einen ersten überwältigenden Eindruck im öffentlichen Leben konnte ich mir später im Dezember 1989 in [Westberlin](#) verschaffen. Der Abstand, insbesondere der wirtschaftliche, war so groß, dass es

im November 1989 gar keine reelle Chance für einen dritten Weg gab, für den ich eintrat. Außerdem galt es, gewaltige Demokratiedefizite aufzuholen.

Mein Ideal von einer solidarischen, humanen, demokratischen, ökonomischen, sozialen und ökologischen Gesellschaft, in der alle Menschen glücklich werden können und friedlich miteinander leben, bleibt mir jedoch erhalten. Im real existierenden Sozialismus konnten meine Erwartungen nicht erfüllt werden. Eine so genannte „[Humane Zivilgesellschaft](#)“, wie ich sie mir beispielsweise vorstelle, könnte über eine positiv fortentwickelte soziale Marktwirtschaft, die entwicklungsbedürftig und entwicklungsfähig ist, erreicht werden.

Da ich schon immer gern mathematisch und philosophisch gedacht habe, finde ich ein Verzocken von Geld an den Aktien- und Finanzmärkten sowie eine Vernichtung von Humankapital durch reines Profitstreben für gesamtgesellschaftlich schädlich. Arbeitslosigkeit ist entwürdigend und macht krank.

Nach meiner Auffassung darf es in einer demokratischen humanen Gesellschaft nicht nur auf Einzelfeldern ökonomisch zugehen. Vielmehr ist durch die Politik ein positiver Einfluss auf grundlegende ökonomische und finanzpolitische Entscheidungen zu nehmen. Zugleich ist ein Gleichgewicht von Ökonomie, Sozialem und Ökologie herzustellen. Diese Herangehensweise darf nicht nur auf Deutschland oder die EU beschränkt bleiben, sondern muss in einer globalisierten Welt schrittweise auf dem gesamten Globus umgesetzt werden.

Wer in einer solchen Gesellschaft gute Arbeit leistet und viel Verantwortung für Menschen trägt, sollte auch entsprechend entlohnt werden. Dies betrifft insbesondere Politiker und Manager. Aber auch die kleinen Selbständigen müssen eine faire Chance haben und dürfen beispielsweise nicht als Subunternehmer durch ihre Auftraggeber (Zwischenunternehmer) wie eine Zitrone ausgepresst und zu unmenschlichen Bedingungen beschäftigt werden.

Für mich und unsere Kinder wird eine solche Vorstellung von einer wirklich humanen Gesellschaft jedoch weiterhin ein Traum bleiben. Es mehren sich aber auch in unserem Land immer öfter Stimmen, die gegen einen neoliberalen Kurs und Turbokapitalismus auf unserem Globus sind. Dies lässt hoffen.

3.2. Erfolgreicher Abschluss der Qualifizierung/Gewerkschaftsschule

Aber zurück zum Thema der gewerkschaftlichen Aktivitäten. Von 1988 bis 1989 besuchte ich die [Zentralschule](#) des FDGB in Erfurt. Wir diskutierten ausgiebig am Abend und wollten am Liebsten den Spieß in den Betrieben einfach umdrehen, also die SED-Funktionäre einmal ordentlich drangsaliieren und nicht mehr Erfüllungsgehilfen der SED sein. Außerdem berichteten wir uns gegenseitig über die Auswüchse der sozialistischen Misswirtschaft. Ein Kollege erzählte z. B., dass in seinem Wohnungsbaukombinat ganze Wohnblöcke als fertig abgerechnet würden, obwohl erst das Fundament hergestellt sei. So sah die reale Planerfüllung jedoch nicht nur in diesem Betrieb aus.

Ich konnte beispielsweise u. A. davon berichten, dass wir aufgrund optimaler Brenneinstellungen und entsprechenden Heizölverbrauchsformeln im UHW Gotha-West Schwarzbestände an Heizöl lagerten, obwohl das HW/UHW Gotha-West entsprechend einem SED-Beschluss eigentlich schon heizölfrei war. In strengen Wintern wurden dann die ölbefeuerten Dampferzeuger schwarz in Betrieb gesetzt, um die Versorgung mit Dampf sicherzustellen. Im Anschluss an eine solche Aktion hatte ich einmal im Schichtbuch einen entsprechenden Vermerk gemacht. Gelesen wurde er mit Sicherheit, denn das Schichtbuch musste vom zuständigen Leiter abgezeichnet werden.

Ein weiteres Beispiel war das Stahlschrottaufkommen. Wie sollte das denn beispielsweise in unserem Heizwerk funktionieren, bei einer jährlichen Stahlzuführung von 2 Tonnen ein Schrottaufkommen von 14 Tonnen zu realisieren. Das war doch gar nicht machbar. In einigen Jahren hätten wir praktisch keine Anlage mehr zur Produktion von Dampf gehabt. Kein Wunder, dass in der sozialistischen Planwirtschaft überall mit dem spitzen Bleistift gearbeitet wurde. Die von oben geführte Plandiskussion und der sozialistische Wettbewerb zur Umsetzung unrealer Pläne waren eine Seifenblase, die nach oben hin zusammengefasst natürlich eine noch größere Seifenblase ergab.

3.3. Einstellung beim Zentralvorstand der IG Bergbau und Energie

Die IG Bergbau und Energie war 1989 gerade dabei, ihren Sitz nach Berlin zu verlegen und suchte seit einiger Zeit insbesondere junge Kader, die gewillt waren, ihren Wohnsitz zu verlegen. Einer davon war also ich. In meinem Einstellungsgespräch hatte der Kaderleiter zwar eingestanden, dass es in der DDR noch große Unterschiede zwischen Theorie und Praxis gäbe, aber den Ernst der Lage hatte man selbst im August 1989 noch nicht erkannt.

Am 01.08.1989 wurde ich, wie zugesichert, nach Abschluss der FDGB-Jahresschule beim Zentralvorstand der IG Bergbau-Energie in Halle als hauptamtlicher politischer Mitarbeiter berufen. Unser stellvertretender Heizwerksleiter, der kein SED-Mitglied war, hatte mir beim Abschied versichert, dass ich zu jedem Zeitpunkt ins HW/UHW Gotha-West zurückkommen könne. Ich hatte auch tatsächlich geglaubt, dass es diesen Weg zurück auch gegeben hätte, wenn ich mit meinen Idealen beim Zentralvorstand der IG BE gescheitert wäre. Mir hat aber in der Wendezeit später ein Mitarbeiter gesagt, dass es diesen Weg vermutlich gar nicht gegeben hätte. Dann wäre u. U. in meinem Wunschbetrieb ein Einstellungsstopp verhängt worden. Blauäugig wie ich war, hatte ich mit solchen Mitteln oder einer möglichen Bearbeitung durch die Staatssicherheit (Stasi) nicht gerechnet. Ich fuhr mit meiner Offenheit unter heutigen Gesichtspunkten eigentlich immer scharf an der Grenze des Zulässigen.

Zur Einführung wurden mir Aufgaben auf dem Gebiet der sozialistischen Wettbewerbsführung in der Abteilung Produktionsmassenarbeit (was für ein unsinniger Begriff!!!) zugeteilt. Da kam mir schon das Gruseln, da ich die Praxis aus meiner 13-jährigen Tätigkeit in Heiz- und Kraftwerken kannte. Auch ich

hatte als AGL-Vorsitzender Kampfprogramme für die Kolleginnen und Kollegen geschrieben, damit sie eine Prämie bekamen. I. d. R. versteckten sich hinter solchen Programmen jedoch Seifenblasen, die also zentral zusammengefasst und somit noch größere Seifenblasen wurden.

Noch im Herbst 1989 wurde ich in der Jugendarbeit tätig und war wegen der bevorstehenden „Zentralen Messe der Meister von Morgen“ (ZMMM), auf welcher 7 Exponate mit dem Ehrenpreis des Zentralvorstandes der IG BE ausgezeichnet werden sollten, oft in Leipzig tätig. Zu dieser Auszeichnung sollte es wendebedingt jedoch nicht mehr kommen.

Alle politischen Mitarbeiter mussten über die durchgeführten Termine und Besichtigungen regelmäßig Protokolle anfertigen. Auch die wird wohl einer zu Lobeshymnen zusammengefasst haben. Wie in meiner vorigen Tätigkeit nahm ich jedoch auch hier kein Blatt vor den Mund und schrieb die Wahrheit. Obwohl ich die Protokolle schon zur eigenen Sicherheit abschwächte, gefielen sie meinem unmittelbaren Vorgesetzten oft nicht und ich musste sie noch weiter abschwächen. Nur meiner wahrheitsliebenden Sekretärin, Elvira R., gefielen sie auf Anhieb. Wie gut das mit dem Abschwächen war, sollte sich jedoch erst 1991 bewahrheiten, als eine politische Mitarbeiterin als inoffizielle Mitarbeiterin (IM) des Ministerium für Staatssicherheit (MfS) enttarnt wurde.

3.4. Auswirkungen der politischen Wende auf meine Tätigkeit

In der Zeit, als im Herbst 1989 die ersten Montagsdemonstrationen einsetzten, nahm ich mehrere Termine und Mitgliederversammlungen in Leipzig wahr und versicherte, die Misswirtschaft etc. mit zu bekämpfen und nach Prüfung der Satzung des „Neuen Forum“ dieses evtl. zu unterstützen. In meinen Aufzeichnungen (Durchschlagen der Protokolle), die ich glücklicherweise als Zeitzeugen aufbewahrt habe, fand ich interessante Notizen. Als Schwerpunkte der Diskussion mit Lehrlingen der Betriebsberufsschule des Energiekombinates Leipzig notierte ich u. a.: „Warum werden Organisationen wie „Neues Forum“ oder „Aufbruch 89“ nicht zugelassen?“ Weiter habe ich neben Kritikpunkten über wirtschaftliche Missstände und Privilegien festgehalten: „Ausreiseantragsteller würden uns nur bremsen, solle man doch ausreisen lassen.“ und „Schaffung von Reisemöglichkeiten ins kapitalistische Ausland.“ Die Jugendlichen trafen damit auch meinen Nerv und ich traute mir, dies auch ins Protokoll zu schreiben. Im Zuge der politischen Wende wurde dann irgendwann die Devise herausgegeben, alle Kritiken der Werktätigen vollständig zu erfassen. Leider zu spät! Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben! (M. Gorbatschow)

An einer Montagsdemonstration in Leipzig nahm ich jedoch nicht teil. Ich wohnte zu diesem Zeitpunkt in der Woche in einem Arbeiterwohnheim in Halle/Silberhöhe und verfolgte das Geschehen jedoch über das Fernsehen. Im Januar 1990 nahm ich erstmals an meinem neuen Wohnort Berlin an einer Demonstration zur Bildung freier und unabhängiger Gewerkschaften in der

DDR teil. In der Woche wohnte ich jedoch noch einige Zeit im Arbeiterwohnheim in Halle/Silberhöhe.

Für meine Äußerung im Herbst 1989 zu den Fernsehbildern über die Leipziger Montagsdemonstrationen im Arbeiterwohnheim, dass ein friedlicher Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus nicht möglich wäre, jedoch umgekehrt, wäre ich von einem Führungskader des Zentralvorstandes der IG Bergbau-Energie bald gesteinigt worden. Richtig gewünscht hatte ich es mir jedoch zu diesem Zeitpunkt nicht, da ich - wie viele andere Bürgerinnen und Bürger der DDR auch - den Aufruf „Für unser Land“ unterstützte. Ich tat dies auch mit meiner Unterschrift. Aber die Möglichkeit eines Systemwechsels, zurück zum kapitalistischen System, zog ich in Betracht und äußerte wie immer offen meine Meinung zum anstehenden Thema. Wie üblich, auch vor höheren Funktionären.

Die Gewerkschaften taten sich anfangs schwer, die Fehler der Vergangenheit einzusehen und aus dem Schatten der SED und ihrer bisherigen Rolle herauszutreten. Anfangs wurden nur zögerlich Veränderungen in Gang gesetzt. Die IG Bergbau und Energie war sich aber bewusst, dass sie sich zum wirklichen Interessenvertreter der Werktätigen entwickeln muss, um weiter fortbestehen zu können. Dazu musste die Organisation von unten her in einem geordneten demokratischen Prozess neu aufgebaut werden. In den Betrieben bildeten sich nämlich vielerorts Gremien, die nicht im Arbeitsgesetzbuch (AGB) und Gesetzen und Verordnungen verankert waren, z. B. Gewerkschaftskomitees Betriebsräte, Räte der Vertrauensleute etc. Außerdem galt es die Eigenständigkeit und Tarifhoheit für alle Bereiche der IG BE zu erstreiten.

Im Zuge der politischen Wende wurden Anfang Dezember 1989 die alten Vorstandsstrukturen und Arbeitsstrukturen im Zentralvorstand der IG BE beseitigt. Der ehemalige Vorsitzende, der über 7 Jahre die Entscheidungen im FDGB-Bundesvorstand mitgetragen hatte, nahm seinen Hut. Als Führungsgremium des Zentralvorstandes der IG BE wurde ein Arbeitssekretariat installiert. Des Weiteren wurde ein Ausschuss zur Untersuchung von Korruption und Amtsmissbrauch gebildet, der aber keine wesentlichen Vergehen feststellen konnte. Die Vorbereitungsarbeiten für den 1. Kongress der neuen Industriegewerkschaft übernahmen schwerpunktmäßig Arbeitsgruppen.

Mit der neuen Aufgabenverteilung wurde ich Mitarbeiter im Büro des Leiters des Arbeitssekretariates. Als der Büroleiter in den Ruhestand ging, fungierte ich in der Funktion des Büroleiters. Die neue Funktion hatte ich mit großer Sicherheit dem Vorsitzenden der IG Bergbau-Energie des Bezirkes Erfurt, Wilhelm Raupach, zu verdanken, der in das Arbeitssekretariat beim Zentralvorstand der IG BE gewählt und dessen stellvertretender Leiter wurde.

Während einer Sitzung des Bezirksvorstandes der IG Bergbau-Energie, deren Kandidat ich war, hatte ich mich u. a. einmal über die Behinderung meiner gewerkschaftlichen Tätigkeit, sprich die Behinderung bei der Vorbereitung von Gewerkschaftswahlen durch einen „Sondereinsatz“ (sozialistische Hilfe)

während dieser Zeit, beschwert. Außerdem erwähnte ich in dieser Sitzung ganz offen, dass ein sogenannter SED-Hardliner mich erpressen und mir einen Strich durch meine Qualifizierung (Gewerkschaftsschulbesuch) machen wollte.

Durch Kontakte zu meinen ehemaligen Kolleginnen und Kollegen erfuhr ich, dass der SED-Hardliner zwischenzeitlich als Heizwerksleiter abberufen und mit unsauberen Mitteln als BGL-Vorsitzender der Energieversorgung Gotha fungierte. In einem Protokoll habe ich zur Meinung der Kolleginnen und Kollegen hierzu festgehalten: „Die BGL-Wahl wurde manipuliert. Nach 2 bis 3-maligem Anlauf erreichte der Kollege Z. gerade so die erforderliche Stimmenzahl.“ Ich musste diesbezüglich jedoch nicht mehr eingreifen, da er - vielleicht auch auf Druck der Kolleginnen und Kollegen - die Flucht ergriffen und zum Jahresende 1989 beim FDGB-Kreisvorstand seine Kündigung eingereicht hatte.

Nur meine Schadenersatzansprüche gegenüber der Energieversorgung Gotha wegen dem zerstörten PKW verlor ich bedingt durch meine Arbeit und die Auflösung der Energieversorgung Gotha endgültig aus den Augen. **Die Aufgaben in meiner neuen Funktion als Mitarbeiter und dann Leiter des Büros des Arbeitssekretariates des Zentralvorstandes der IG Bergbau-Energie lasteten mich insbesondere durch die sich täglich ändernden äußeren Umstände im Zuge der politischen Wende reichlich aus.** Es ging beispielsweise um die Mitwirkung an bedeutenden Weichenstellungen, so z. B. die FDGB-Reform und später dessen Beseitigung, des weiteren um die Form der zukünftigen gewerkschaftlichen Jugendarbeit und die Neugründung der IG Bergbau-Energie mit eigener Satzung, eigenem Programm und neuer Wahlordnung. Hierzu erfasste ich alle eingehenden Vorschläge, Hinweise und Kritiken, die ich las und zur Bearbeitung an die zuständigen Kolleginnen und Kollegen weiterreichte. Zugleich sprach ich den Adressaten unseren gewerkschaftlichen Dank aus.

In einer Beratung Mitte Dezember 1989 zur Jugendarbeit beim FDGB-Bundesvorstand, auf der eine Arbeitsgruppe „Gewerkschaftsjugend“ gebildet wurde, formulierte ich u. a. ohne vorherige Absprache folgende Standpunkte: „Verwaltungsaufwand in der Jugendarbeit des FDGB rigoros senken und keine Umverteilung von Personal vom FDGB zur IG Bergbau und Energie, sonst säbeln uns die Mitglieder den Kopf ab!“ An einer weiteren Sitzung der Arbeitsgruppe nahm ich nicht teil, da die Arbeit mit den Jugendlichen Sache der Einzelgewerkschaften werden sollte und ich anderes zu tun hatte, als mir „Schallplatten über Sportarbeit“ anzuhören, bei denen „alle mit den Augen rollten“ (wörtlich in meinem Protokoll vom 14.12.1989).

Privat hatten meine Frau, unsere beiden Kinder (3 und 8 Jahre alt) und ich unseren **Wohnsitz 1989 wenige Tage vor Maueröffnung nach Berlin Hellersdorf verlegt.** Wir wurden Mieter einer trockenen und fernwärmebeheizten Plattenbauwohnung in einem 11-Geschosser, in dem 33 Familien wohnten. Unsere Wohnung hatte, wie üblich eine kleine Badzelle, 2 Kinderzimmer und sogar einen Hobbyraum (mit eigenen Möbeln abgeteilter Raum eines großen

Flurs). Als wir einzogen, schraubte ich die Telefondose auf, um nachzusehen, ob nicht ein Mikrofon darin versteckt wäre. Denn alle anderen Wohnungen wurden ausgelost. Nur eine Kollegin und ich bekamen unsere Wohnungen zugeteilt. Das erschien mir nicht zufällig zu sein. Ein Telefon hatten wir jedoch nicht und ich fand auch kein Mikrofon in dieser Dose. Aber die Gummiohren, wie man sie auch nannte, saßen bestimmt irgendwo.

3.5. Eine unvergessliche Dienstreise

Am 16.11.1989 nahm ich in Erfurt an einer Arbeitsberatung mit Mitgliedern und Kandidaten des Zentralvorstandes (ZV) der IG BE der Bezirke Erfurt, Gera und Suhl teil. Im Wesentlichen ging es um aktuelle Fragen bezüglich der neuen Rolle der Gewerkschaften und die Vorbereitung der nächsten ZV-Sitzung.

Am späten Nachmittag oder Abend fuhr ich dann von Erfurt aus mit dem Zug nach Berlin. Der Zug füllte sich schon vor Leipzig bis auf die letzten Stehplätze. Vom Bahnsteig aus drängten aber weitere Massen in den schon überfüllten Zug, so dass ein Soldat aus dem Fenster aussteigen musste, da er sich nicht mehr bis zur Tür durchkämpfen konnte. Durch den Bahnhofslautsprecher erfolgte dann die Durchsage, dass der Zug wegen einem defekten Waggon nicht weiterfahren würde und alle aussteigen müssten. Dazu war jedoch niemand bereit. Alle wollten nach Ostberlin und von da aus über einen Grenzübergang nach Westberlin. Ich wollte eigentlich nur nach Berlin/Hellersdorf.

Die Massen im Zug verlangten, dass man doch den defekten Waggon aus dem Zug herausnehmen und weiterfahren solle. Der Zug bewegte sich aber nicht. In einer weiteren Durchsage wurde mitgeteilt, dass der Zug wegen der Überfüllung aus Sicherheitsgründen nicht weiterfahren könne und einige Reisende doch bitte aussteigen sollten. Aber es stieg niemand aus und auf dem Bahnsteig wurden es immer mehr Menschen, die mitfahren wollten. Als dann nach ca. 1 oder 1 ½ Stunden eine Durchsage erfolgte, dass auf einem anderen Bahnsteig ein weiterer (vielleicht schon der planmäßig nächste) Zug fahren sollte, rannten die Menschen sofort zu diesem Bahnsteig. Obwohl dies angeblich der Ersatzzug wäre und unser Zug nicht weiterfahren würde, stiegen wir jedoch nicht aus.

Es dauerte dann noch einige Zeit, bis auch unser Zug sich endlich wieder in Bewegung setzte, ohne dass ein Waggon herausgenommen werden musste. Der Zug fuhr jedoch bis Berlin mit sehr geringer Geschwindigkeit. Vielleicht war der Hinweis mit dem Sicherheitsproblem wegen der Überfüllung tatsächlich begründet. Aber die Züge in Richtung Berlin dürften nach der Maueröffnung am 09.11.1989 generell überfüllt gewesen sein.

Irgendwann musste ich meinen Sitzplatz, auf dem ich durch die vor mir stehenden Reisenden eingeklemmt war, verlassen und mich zur Toilette durchkämpfen. Als ich zurück kam, saß jemand auf meinem Platz und wollte sofort wieder aufstehen. Ich sagte aber, dass ich lieber gern eine Weile stehen würde, da ich schon lange genug in dieser Zwangshaltung gesessen hätte. Am

morgen kamen wir dann irgendwann in Berlin/Schöneweide an. Das war meine längste Fahrt nach Berlin. Aber in Berlin/Schöneweide hatte ich mein Ziel noch nicht erreicht. Von da aus wollte ich eigentlich mit der S-Bahn in Richtung Zentrum und dann nach Berlin/Hellersdorf weiterfahren. Aber in die S-Bahn war kein reinkommen. Obwohl ich mich in Berlin noch nicht so richtig auskannte, fand ich schnell alternative Verkehrsmitteln, um auf andere Weise gegen Vormittag bei meiner Familie in Berlin/Hellersdorf anzukommen.

3.6. Gründung der IG Bergbau-Energie-Wasserwirtschaft (IGBEW)

Bis zu unserem 1. Kongress der IG Bergbau-Energie-Wasserwirtschaft vom 05.-07.04.1990 in Bernau überschlugen sich die Ereignisse und die IG Bergbau-Energie kam auf dem Weg der Erneuerung gut voran. Am 18. März 1990 fanden beispielsweise die ersten und zugleich letzten demokratischen Volkskammerwahlen der DDR statt. Das Ergebnis machte deutlich, dass die deutsche Einheit in den nächsten 1 bis 2 Jahren kommen würde. Davon gingen zu diesem Zeitpunkt auch unsere westlichen Kolleginnen und Kollegen der IG Bergbau und Energie in Bochum aus, die uns bei der Durchführung des Kongresses u. a. technisch unterstützten.

Zur Einarbeitung der gefassten Beschlüsse des 1. Gewerkschaftskongress der IG Bergbau-Energie-Wasserwirtschaft in die Entwürfe der Satzung und das Programm arbeiteten wir am 07.04. bis in die Nacht. Schließlich sollten zum Kongressende alle Delegierten jeweils einen fertigen Rohentwurf für die betriebliche Arbeit erhalten. Dieser Gewerkschaftskongress war entsprechend der gültigen FDGB-Satzung ursprünglich als Zentraldelegiertenkonferenz der IG Bergbau und Energie einberufen wurden. Die neue Gewerkschaft trug insbesondere auf Drängen der Delegierten aus den Wasserwirtschaftsbetrieben zusätzlich zu Bergbau und Energie die Bezeichnung Wasserwirtschaft im Namen. Damit sollte öffentlichkeitswirksam dokumentiert werden, dass sich die Mitglieder der ostdeutschen Wasserwirtschaftsbetriebe wie bisher in ihrer Gewerkschaft gut aufgehoben fühlten.

Auch bei der neuen IG Bergbau-Energie-Wasserwirtschaft ([IG BEW](#)), die erstmals wieder eine eigene Satzung und ein eigenes Programm hatte, war ich weiterhin im Büro des Vorsitzenden tätig, jedoch wieder als Mitarbeiter (Gewerkschaftssekretär) unter einem neu hinzu gestoßenem Büroleiter. Anmerkung: Einige der Führungskader der alten IG BE wurden durch die IG Bergbau-Energie-Wasserwirtschaft berechtigterweise nicht übernommen.

Die Tätigkeit im Vorstandsbüro machte mir nach wie vor Spaß, da sie sehr abwechslungsreich und verantwortungsvoll war. Hinzu kamen beispielsweise auch Organisationsstreitigkeiten über die Energieversorgungs- und Wasserwirtschaftsbetriebe mit der ÖTV (West). Unser Hauptvorstand, dem bis auf den Geschäftsführenden Vorstand ausschließlich ehrenamtliche Funktionäre angehörten, bekräftigte mehrfach die weitere Zuständigkeit für diese Betriebe. Nur bei den regionalen Energieversorgern orientierten sich einige Betriebe anders.

Unsere Gewerkschaft konnte im Zuge der schmerzlichen Wirtschaftsreformen nicht alle Arbeitsplätze sichern, hat jedoch vieles erreicht. Ich denke da nur an den Erhalt von Wirtschaftskernen in der Bergbau- und Energiewirtschaft und an den Sanierungsbergbau. Kontakte mit der Treuhandanstalt, die wegen vieler Fehlentwicklungen bis heute nicht gerade den besten Ruf genießt, gab es häufig.

Auch die Bürgerinnen und Bürger haben nicht nur beim Gebrauchtwagenkauf immer die richtigen Entscheidung getroffen und sofort die neuen Produkte, die sie bisher nur aus der Werbung oder dem Intershop kannten, gekauft. Viele Entscheidungen wurden ihnen hierbei jedoch mit dem Tag der Währungsreform abgenommen, indem nicht nur in den Lebensmittelgeschäften und Warenhäusern plötzlich die Ostprodukte aus den Regalen verschwanden und es nur noch Westprodukte gab. Auch so sieht die Wirklichkeit aus, deren Folgen wir heute gemeinsam tragen müssen. Wie immer, sage ich auch hier die Wahrheit.

3.7. Die unzureichende Reform des FDGB und dessen Beseitigung

Der FDGB (Freie Deutsche Gewerkschaftsbund) war bis zur Wende die Einheitsgewerkschaft der DDR. Die Einzelgewerkschaften operierten bis dahin als Sparten des FDGB, zwar mit eigenen Strukturen, jedoch mit begrenzten Aufgaben. Der FDGB verstand sich mit seinem riesigen Funktionärsapparat nach der Präambel seiner Satzung als die "Klassenorganisation der in der DDR herrschenden Arbeiterklasse". Als größte Massenorganisation (ca. 9,6 Mio. Mitglieder) entsandte der FDGB eigene Mandatsträger sowohl in die Volkskammer als auch in die örtlichen Volksvertretungen. Ihm stand u. a. das verfassungsmäßige Recht zu, auf allen Ebenen Gesetzesinitiativen (auch zur ?Reisefreiheit?) einzubringen. Die Gleichschaltung mit den jeweiligen Leitungsorganen der SED war auf allen Ebenen gewährleistet, da FDGB-Funktionäre in der großen Mehrzahl zugleich Mitglieder der SED waren.

Am 08.05.1990 (Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus) fasste unser Hauptvorstand, der aus 76 Mitgliedern bestand, nach guter Vorbereitung und Überzeugungsarbeit den einstimmigen Beschluss, die Beitragszahlung an den nur unzureichend reformierten FDGB als Dachverband einzustellen sowie dessen Vermögensaufteilung und Auflösung herbeizuführen. Hiermit wurden die Grundlagen für tatsächlich freie und unabhängige Gewerkschaften in der DDR geschaffen. Bei unserem Schritt waren wir uns der ständigen Unerstützung der IG Bergbau und Energie aus Bochum bewusst.

Dabei hatte nicht nur ich nie das Gefühl, dass die Bochumer Kolleginnen und Kollegen, die uns nicht nur in der Hauptverwaltung auch personell unterstützten, bevormundeten. Sie waren echte und zuverlässige Partner. Die IG BE unterstützte uns also nicht nur mit der Herstellung von Druckerzeugnissen, wie z. B. nach der Neugründung der IG BEW mit der Satzung für jedes Mitglied sowie Tarifverträgen, Flugblättern, Broschüren etc. für alle Betriebe. Die IG BE war auch für den Fall gerüstet, dass wir aufgrund unseres Austrittsbeschlusses

der FDGB-Räumlichkeiten verwiesen worden wären. Dann hätten wir mit ihrer Unterstützung unsere Gewerkschaftsarbeit in Bürocontainern fortgesetzt.

Nicht alle Einzelgewerkschaften (insbesondere die erstmals gegründete Polizeigewerkschaft) konnten unseren Austrittsbeschluss damals sofort nachvollziehen. Auch die 1990 auf einem FDGB-Kongress neu gewählte Vorsitzende des „reformierten“ FDGB als Dachverband, Helga Mausch, die völlig unvorbelastet aus dem Braunkohlenbergbau kam, also ein Mitglied unserer neu gegründeten Gewerkschaft war, verstand unser Handeln nicht. Als ich ihr am 09.05.1990 vormittags den Beschluss unseres Hauptvorstandes persönlich überbrachte, war sie mehr als überrascht und völlig aufgelöst, da sie persönlich gewillt war, ihr Bestes zu geben, um den FDGB weiter zu reformieren.

Dieser FDGB war jedoch schon in seinen Strukturen mit einem riesigen Apparat hauptamtlicher Funktionäre reformunfähig. Ich konnte mich bei meiner Tätigkeit im Vorstandsbüro selbst davon überzeugen, dass der „reformierte“ FDGB die neu gegründeten Einzelgewerkschaften wie eine Weihnachtsgans ausnehmen wollte. Außerdem gaben FDGB-Funktionäre regelmäßig Erklärungen im Namen der Einzelgewerkschaften ab, die mit diesen zuvor nicht abgestimmt waren. Und das in einer Zeit wichtiger Umbrüche in Wirtschaft und Gesellschaft. Zudem wurden für damalige DDR-Verhältnisse unüblich hohe Abfindungen bewilligt.

Noch am gleichen Tag, also am 09.05.1990, nahm unser Vorsitzender, Peter Witte, auf Bitten weiterer reformwilliger Gewerkschaftsvorsitzenden (z. B. der IG Wismut) doch noch, wenn auch verspätet, an der Sitzung des Dachverbandes teil, in deren Verlauf ein Sprecherrat zur Auflösung des FDGB gegründet wurde. Damit hatte die IG Bergbau-Energie-Wasserwirtschaft mit ihrem Beschluss vom 8.5.1990 dem „reformierten“ FDGB den Todesstoß versetzt. Am 14.09.1990 wurde der FDGB auf einem Außerordentlichen Kongress aufgelöst.

3.8. Wiederauflösung der IG Bergbau-Energie-Wasserwirtschaft

Auch unsere vom 05.-07.04. 1990 gegründete Gewerkschaft, die IG Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft (IG BEW), löste sich mit den Beschlüssen eines [Außerordentlichen Gewerkschaftskongresses](#) vom 15.09.1990, den wir bis in die frühen Morgenstunden vorbereitet hatten, zum 31.10.1990 wieder auf. Eine Fusion mit der IG Bergbau und Energie (IG BE) Westdeutschlands kam schon aus juristischen Gründen nicht in Frage. Unsere Mitglieder wurden u. a. durch einen Beschluss der Delegierten des Auflösungskongresses aufgefordert, der IG Bergbau und Energie mit Sitz in Bochum automatisch zum 01.11.1990 beizutreten, nachdem diese durch entsprechende Beschlüsse und die „Berliner Erklärung“ hierfür die erforderlichen Grundlagen geschaffen hatte.

3.9. Gesamtdeutsche IG Bergbau und Energie (IG BE)

Im Zuge der Schaffung der gesamtdeutschen Gewerkschaft wurde ich am 01.11.1990 Gewerkschaftssekretär in der [Hauptverwaltung der IG Bergbau und](#)

[Energie \(IG BE\) in Bochum](#). In der Hauptverwaltung wurde ich im [Referat „Ausländische Arbeitnehmer/Schwerbehinderte“](#) eingesetzt. Anfangs sollte ich in die Bezirksleitung der IG BE nach Erfurt versetzt werden und wäre damit in meine Heimatstadt Gotha zurückgezogen. Als das erste Mal Bochum als zukünftiger Einsatzort ins Spiel gebracht wurde, dachte ich sofort an Zustände wie in Halle und Bitterfeld. War also nicht sehr begeistert von dieser Entscheidung, die ich heute als Auszeichnung betrachte. Ich konnte mich bei einem Urlaub im Sommer 1990, den wir bei meinem Onkel in Wuppertal verbrachten, dann in Bochum von einem anderen Ruhrgebiet überzeugen.

Einige vorbelastete hauptamtliche Kollegen der IG BEW aus IG BE-Zeiten erhielten richtigerweise keine Anstellung bei der gesamtdeutschen IG Bergbau und Energie. Auch die Probezeit bei der IG BE von 1/2 Jahr bestanden nicht alle ehemaligen Kolleginnen und Kollegen der IG BEW.

Die endgültige gewerkschaftliche Einheit der IG Bergbau und Energie wurde dann mit dem 1. Gesamtdeutschen Kongress im Mai 1991 in Dortmund schließlich auf allen Ebenen verwirklicht.

Nach der erfolgreichen Teilnahme an Bildungsmaßnahmen für Betriebsräte und Schwerbehindertenvertretungen (SchwbV) übernahm ich wieder anspruchsvolle Aufgaben, wie z. B. der Mitwirkung beim Aufbau und der Schulung der ersten Schwerbehindertenvertretungen in den neuen Bundesländern. Hierzu gab unser Referat eine überarbeitete Broschüre sowie geeignete Arbeitsmaterialien heraus.

Zu meinem Aufgabengebiet gehörte u. a. auch die Mitarbeit in Arbeitskreisen für ausländische Arbeitnehmer in den IG BE-Ruhrgebietsbezirken und beim DGB-Bundesvorstand sowie die Vorbereitung der jährlich stattfindenden [Recklinghäuser Tagung](#) für ausländische und deutsche Betriebsräte, Arbeitskreismitglieder, weitere ehren- und hauptamtliche Gewerkschaftsfunktionäre sowie Arbeits- und PS-Direktoren aus dem Organisationsbereich der IG BE. Außerdem war die Referententätigkeit in Bildungsveranstaltungen der Ortsgruppen sowie Jubilarehrungen Bestandteil meiner Aufgaben.

1992 wechselten wir, nachdem ich ca. 1 ½ Jahre an den Wochenenden zwischen Berlin und dem Ruhrgebiet pendelte, unseren Wohnsitz nach Recklinghausen. Für kurze Zeit wohnte ich nicht mehr in einem Wohnheim. Von 1992-1993 besuchte ich erfolgreich die [Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M.](#)

3.10. Wirken nach erfolgreichem Abschluss der Akademie der Arbeit

[Wenige Zeit nach dem Akademiebesuch](#) wurde ich in die [Abteilung Arbeitsschutz/Arbeitssicherheit](#) versetzt. Auch hier warteten [interessante Aufgaben](#) auf mich. Nach einer theoretischen Ausbildung zur Sicherheitsfachkraft wurde ich in der bundesweiten Schulung von ehren- und hauptamtlichen Betriebsräten sowie weiteren ehrenamtlichen Funktionären auf diesem Gebiet tätig. Ich bereitete die Sitzungen der Arbeitsschutzkommission des Hauptvorstandes sowie die Tagungen für Grubenkontrolleure und Sozialpolitischen Beiräte, die

auf Vorschlag der IG BE bei den Bergbehörden installiert werden, vor und arbeitete im DGB-Arbeitskreis „Arbeitsschutz“ sowie weiteren Gremien mit.

Hinzu kamen erstmals auch internationale Tätigkeiten, so z. B. als Sachverständiger im [Beratenden Ausschuss für Betriebsicherheit und den Gesundheitsschutz im Steinkohlenbergbau und in den anderen mineralgewinnenden Industriezweigen im Bergbau in Luxemburg](#) sowie eine [Schulung von ehren- und hauptamtlichen Funktionären der „Unabhängigen Bergarbeitergewerkschaft der Ukraine“](#) in der Steinkohlenbergbaustadt Donezk.

3.11. IG Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE)

Am 01.11.1997 fusionierten nach entsprechender Vorbereitung die IG Chemie, Papier, Keramik, die Gewerkschaft Leder und die IG Bergbau und Energie zur [IG Bergbau, Chemie, Energie](#) (IG BCE) mit Sitz in Hannover. Dadurch erweiterte sich der Organisationsbereich wesentlich und die Aufgaben wurden umfangreicher. Bei der neuen Organisation, der IG BCE, wurde ich u. a. auch in der Vertreterversammlung der BG Chemie und der BG Glas-Keramik tätig.

Zur unmittelbaren Tätigkeit in der Außenstelle der Hauptverwaltung der IG BCE Bochum, Abteilung Arbeitsschutz, gehörten auch weiterhin die [Vorbereitung und Durchführung von Wochenseminaren](#), Befahrung von Unternehmen sowie die Mitarbeit in zahlreichen Gremien. Wie auch bei der IG BE gehörten zu meinem Aufgabenfeld weiterhin auch Jubilarehrungen.

Auf dem Gebiet der Bildungsarbeit eignete ich mir schnell neue Fähigkeiten zur Erstellung von Seminarunterlagen an, für die ich nach Ausscheiden eines erfahrenen Kollegen verantwortlich wurde. Besonders erfolgreich in überbetrieblicher Hinsicht wurde ich mit der 2001 initiierten und gegründeten [Gemeinschaftsinitiative Sicherheit, Arbeits- und Gesundheitsschutz \(GISAG\)](#).

Besonders anspruchsvoll und interessant auf internationalem Gebiet war die Mitarbeit in zwei Projekten zur Verbesserung der Grubensicherheit im russischen Steinkohlenbergbau. Eins im Sibirischen Kemerowo und ein [von der EU gefördertes TACIS-Projekt in Moskau](#). Beim TACIS-Projekt im Jahr 2001 erarbeiteten auf deutscher Seite 4 Experten für das zuständige Ministerium in Russland Verbesserungsvorschläge für die Grubensicherheit in der russischen Bergbauwirtschaft. Ich war der Vertreter der zuständigen deutschen Gewerkschaft und verfolgte neben der Verbesserung der Grubensicherheit das Ziel, eine bessere Beteiligung der zuständigen Gewerkschaft sowie der betrieblichen Interessenvertretung der Bergarbeiter in Russland zu erreichen.

3.12. Ausscheiden aus dem aktiven Dienst

Im März 1998 stellten sich bei mir nach über einem Jahrzehnt ohne Krankenschein schwere gesundheitliche Probleme ein, die erstmals wieder zu einer Dienstunfähigkeit führten. In meinem bisherigen Arbeitsleben hatte ich nur selten (in Notfällen) einen Krankenschein. Im November 2001 erkrankte ich so

schwer, dass ich in dessen Folge zum 30.04.2007 endgültig aus meinem Dienstverhältnis mit der IG BCE ausscheiden musste. Geblieben sind mir insbesondere aus meiner hauptamtlichen Gewerkschaftstätigkeit beginnend mit der politischen Wende in der ehemaligen DDR positive Erinnerungen an ein interessantes, anspruchsvolles und erfolgreiches Arbeitsleben. Auch an mein ehrenamtliches Wirken in den Gewerkschaften erinnere ich mich gern zurück.

4.0. Ehrenamtliches Wirken in Recklinghausen - Ausblick

Neben meiner hauptamtlichen Gewerkschaftstätigkeit übte ich auch im geeinten Deutschland ehrenamtliche Funktionen in meiner Gewerkschafts-Ortsgruppe in Recklinghausen, im SPD-Ortsverein Altstadt und in der [Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen](#) (AfA) aus. Von 1991 bis 2007 war ich Mitglied der SPD. Zwischenzeitlich gab ich auch meine ehrenamtlichen Funktionen in der Gewerkschafts-Ortsgruppe aus gesundheitlichen Gründen auf.

Während meiner Amtszeit als AfA-Vorsitzender in Recklinghausen von 1998-2000 setzte ich mich u. a. nach den verloren gegangenen Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen gemeinsam mit anderen Genossinnen und Genossen wirksam für die SPD-Reform in Recklinghausen ein. Auch hier nahm ich - wie immer - kein Blatt vor den Mund. Das jedoch einige Recklinghäuser SPD-Funktionäre 1999/2000 mit unsauberen Mitteln (Unterschlagung von Post, Androhung beruflicher Nachteile etc.) versuchten, ihre politische Macht zu erhalten, hatte zu tiefe Spuren in mir hinterlassen und veranlasste mich - zusätzlich durch die neoliberale Politik der Bundes-SPD bedingt - Ende 2007 zum endgültigen Bruch mit der SPD. Ich werde jetzt parteiunabhängig bleiben.

Selbst die SPD-Bezirkskontrollkommission nahm im Jahr 2000 ihre Aufgaben nicht ordnungsgemäß wahr und schützte somit die Übeltäter, die teilweise heute (2008) noch in Funktionen sitzen. Das verdeutlicht einmal mehr, wie tief der politische Sumpf in der Recklinghäuser SPD 1999/2000 war.

Auf dem SPD-Stadtverbandsparteitag 2000 wurden jedoch einige Betonköpfe nicht mehr wiedergewählt, bzw. traten nicht mehr zur Wiederwahl an. Ein erfahrener Alt-Genosse soll auf dem Stadtverbandsparteitag treffend gesagt haben: „Es ist zu spät Genossen!“ Das klingt fast nach M. Gorbatschow.

Von meinem ehrenamtlichen Wirken in Recklinghausen bleiben mir neben negative Erinnerungen im zähen SPD-Reformprozess überwiegend positive.

Ich werde mich jedoch weiterhin mit den Mitteln, die jeder Bürgerin und jedem Bürger zur Verfügung stehen (Leserbriefen, Briefe an Politiker etc.) in die gesellschaftliche Diskussion einbringen und habe am 23. Oktober 2008 die Internetdiskussionsplattform www.humane-zivilgesellschaft.de ins Leben gerufen. Der Gedanke hierzu kam mir am 03. Oktober 2008, dem 18. Jahrestag der deutschen Einheit.

5.0. Fotos und Dokumente

Bestes Lehrlingskollektiv der Maschinisten 1978




[zurück](#)

Sommerreparatur 1978 im Heizwerk Gotha-West



[zurück](#)

Besuch der Bezirksgewerkschaftsschule Lengfeld unterm Stein



ist studierender Funktionär
an der
Bezirksgewerkschaftsschule
Erfurt

In: Lengfeld 1570 n

im Direktstudium/Fernstudium

in der Zeit vom: 15.4. bis zum: 12.7.75

Ausstellungsort: Lengfeld/Stein

Datum: 15.4.1975

FDGB Bezirksvorstand
Bezirksgewerkschaftsschule
5701 Lengfeld/Stein

Unterschrift des Inhabers
Uwe

Name: Uwe

Vorname: Andreas

geb. am: 8.12.59 in:

Wohnort: Erthal

Straße: Ullrichstraße 30

Unterschrift des Direktors
bzw. Schulleiters
L. Kopf

[zurück](#)

Kandidat des Bezirksvorstandes der IG Bergbau-Energie Erfurt



[zurück](#)

Meine Gesellschaftsvorstellungen

eine humane und demokratische Gesellschaft
anstrebende Bevölkerung



uneingeschränkte internationale Solidarität herstellen
(außer Extreme!)



**„Humane Zivilgesellschaft“
auf dem Globus**



stetig verbessern und erneuern!



**Weg zum Ziel der
Bedürfnisbefriedigung aller
und eines friedlichen Miteinander**



Eine „Humane Zivilgesellschaft“ könnte über eine positiv fortentwickelte soziale Marktwirtschaft, die entwicklungsbedürftig und entwicklungsfähig ist, erreicht werden. In einer solchen Gesellschaft muss es neben einem festen bürgerfreundlichen Oberbau mehr Bürgerentscheide und mehr Bürgerbeteiligung als bisher geben.

Meine Idealvorstellung geht von einer solidarischen, humanen, demokratischen, ökonomischen, sozialen und ökologischen Gesellschaft aus, in der alle Menschen sich frei entfalten können und friedlich miteinander leben können.

Neben der unabdingbaren Demokratie kommt es auf ein ausgewogenes Gleichgewicht von Ökonomie, Sozialem und Ökologie an.

aktualisiert: 24.06.09

[zurück](#)

Bürger der DDR



Mein zweiter Personalausweis



[zurück](#)

Erste Einreise in die BRD bzw. Westberlin



Mein Visum beantragte ich am 15.11.1989 in Halle/Ammerndorf, wo sich der Dienstsitz des ZV der IG Bergbau-Energie befand und ich im August 1989 hauptamtlicher politischer Mitarbeiter wurde. Im Dezember 1989 reiste ich mit meiner Familie zum ersten Mal über den Grenzübergang Bahnhof Friedrichstraße nach Westberlin ein. Als wir das Begrüßungsgeld in einer Postfiliale erhielten, stempelten die Beamten in unser „heiliges“ Dokument. Das war für uns vorher unvorstellbar (siehe auch Dokumentenansicht auf Seite 12).

[zurück](#)



Auszeichnung mit der Karl Liebknecht Medaille 1978



[zurück](#)

Unser Wartburg 312 Kombi nach dem Unfall während des Einsatzes im Heizwerk Erfurt Ost IV im Ort Tüttleben



[zurück](#)

Besuch der Zentralschule des FDGB in Erfurt

Zentralschule
des Bundesvorstandes FDGB
„Pierre Timbaud“
50 Erfurt
Schülerstraße 44

Deutsche Demokratische Republik

Studentenausweis
Zentralschule
des Bundesvorstandes FDGB
„Pierre Timbaud“
50 Erfurt
Schülerstraße 44

Anschrift am Schulort
5800 Gotha
Lilleberstr. 30

Anschrift am Wohnort – falls nicht gemeldet

Veränderung der Wohnanschrift

Erfurt, den **02.09.88**

Ort

Stempel: Zentralschule des Bundesvorstandes FDGB „Pierre Timbaud“ 50 Erfurt
Unterschrift des Rektors bzw. Direktors der Bildungseinrichtung

Sektion: **313**
Abteilung: **313**

Seminargruppe: 2

Studien-Nr.:

D	Fe	A	ps	Fo	pa	oa	T	G	E	V

500 50 111 11 580 44 Ag 510 95 DDR 2143 1 20 B - 342

Wohnheim

Erfurt

von **Erfurt**
Bahnhof am Schulort

nach **Gotha**
Bahnhof am Wohnort

Name Koch
Vorname Andreas
geb. am 05.12.58
geb. ort 120180458
PA-Nr.


Unterschrift des Inhabers

Dieser Ausweis gilt bis zum 31.07.89

Zentralschule des Bundesvorstandes FDGB „Pierre Timbaud“ 50 Erfurt
Unterschrift

und besucht zusätzlich Lehrveranstaltungen*
in 2. Schulort

— im Fernstudium*
in Schulort

und besucht das Konsultationszentrum*
in

* Nichtzutreffendes streichen

[zurück](#)

Außerordentlicher Kongress zur Auflösung der IG BEW

Hier bei organisatorischen Abstimmungen mit einer Mitarbeiterin der Hauptverwaltung der IG BEW. Zwischenzeitlich hatte ich die Gelegenheit mit einem Lada (Dienstwagen eines hauptamtlichen Vorstandsmitgliedes, der aus der Vermögensaufteilung des FDGB stammte) Tarifverträge aus der Hauptverwaltung zu holen, die wir bis in die frühen Morgenstunden (ca. 04.00 Uhr) nach letzten Vorbereitungen der Delegiertenunterlagen von einem Bochumer Fahrzeug abgeladen hatten. Ich fuhr erstmals nach meiner Fahrschule, die ich 1984 auf einem Moskwitsch 412 absolvierte, wieder einen Viertakter. Hierzu ließ ich mir von einer Kollegin kurz die Lage der Gänge erklären und düste dann einfach durch Berlin. Ich war von der Geschwindigkeit und Leichtigkeit berauscht und hätte am liebsten auf meine Wartburgbestellung (W353) verzichtet.



[zurück](#)

Hauptverwaltung der IG BE Bochum



[zurück](#)

Gewerkschaftssekretär bei der IG BE im Referat Ausländische Arbeitnehmer/Schwerbehinderte in Bochum



[zurück](#)

Studium an der Akademie der Arbeit

AKADEMIE DER ARBEIT
IN DER UNIVERSITÄT FRANKFURT AM MAIN

Andreas K o c h
geboren am 08.12.1958

hat den 58. Lehrgang der »Akademie der Arbeit«
erfolgreich abgeschlossen.
Dieser Lehrgang umfaßte die nebenstehenden Lehrgebiete
und dauerte vom 4. Mai 1992 bis 20. März 1993

Frankfurt am Main
20. März 1993

Der Leiter

Dr. Otto Ernst Kempfen

AUS DER STIFTUNGSURKUNDE

Zweck der »Akademie der Arbeit« ist es, Arbeitnehmer für ihre Aufgaben in den Gewerkschaften, Betrieben, Genossenschaften, Verwaltungen und sonstigen Einrichtungen des wirtschaftlichen und öffentlichen Lebens auszubilden und dadurch ausschließlich Wissenschaft, Erziehung, Volksbildung und Berufsausbildung zu fördern. Dieser Zweck umfaßt auch die Forschung.

[zurück](#)

Betriebliche Umsetzung des Einigungsvertrages und von EG/EU-Vorschriften

IG Bergbau und Energie/ Abteilung Arbeitsschutz/Arbeitssicherheit 1992

Einigungsvertrag*

Kapitel VII

Artikel 30 Arbeit und Soziales

(1) Es ist Aufgabe des gesamtdeutschen Gesetzgebers,

1.
2. den öffentlich-rechtlichen Arbeitsschutz in Übereinstimmung mit dem Recht der Europäischen Gemeinschaften und dem damit konformen Teil des Arbeitsschutzrechts der Deutschen *Demokratischen* Republik zeitgemäß neu zu regeln.

* zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen *Demokratischen* Republik vom 31. August 1990

Bedeutung der EU-Vorschriften für die betriebliche Praxis Folie 1

Die Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland arbeiteten beispielsweise an Gesetzentwürfen zu Arbeitsschutzgesetzen mit und geben hierzu regelmäßig Stellungnahmen ab. Außerdem wirken sie über Projekte, Mitarbeit in Arbeitskreisen und Gremien sowie über die Schulung von Betriebsräten und anderen Funktionären zu Vorschriften des Arbeits- und Gesundheitsschutzes an der betrieblichen Umsetzung mit.

[zurück](#)

Gemeinschaftsinitiative Sicherheit, Arbeits- und Gesundheitsschutz (GISAG)

In zahlreichen Seminaren mit Betriebsräten und Gewerkschaftsfunktionären wurde an mich herangetragen, dass es beim Einsatz von Fremdfirmen und bei der Beschäftigung von Leiharbeitnehmern immer wieder zu Arbeitsschutzproblemen kommt und diese auch Auswirkungen auf die eigenen Mitarbeiter haben können. Dieses Thema kannte ich leider auch aus meiner eigenen praktischen Tätigkeit. Um diese Thema anzugehen, gründete ich u. a. 2001 die Gemeinschaftsinitiative Sicherheit, Arbeits- und Gesundheitsschutz (GISAG).

Hierbei konnte ich auf bewährte Partner im Arbeitsschutz aus dem Arbeitskreis der Arbeits- und Sicherheitsleiter unserer Abteilung Arbeitsschutz, Vertreter der staatlichen Arbeitsschutzbehörden sowie der Bergbau-Berufsgenossenschaft (BBG) Bezirksverwaltung Gera zurückgreifen (siehe auch Initiatoren, Beteiligte und Kooperationspartner). Mein Abteilungsleiter gab mir für die Gründung der Initiative und das erste Projekt grünes Licht. Er wusste, dass er sich auch in dieser Frage auf mich verlassen konnte und ich mich auf ihn und meine Kollegen. Wie immer, ließ er mich verantwortungsvoll handeln und gab mir den erforderlichen Spielraum für meine Tätigkeit. Auch ihm war die Problematik nicht unbekannt, denn er war ein erfahrener Praktiker und kannte die Betriebe.

Die Gemeinschaftsinitiative Sicherheit, Arbeits- und Gesundheitsschutz hat sich jedoch nicht nur auf diesem Gebiet das Ziel gesetzt, das Know-how der Bergbau- und Energiewirtschaft insbesondere kleineren und mittleren Unternehmen zugänglich zu machen, um die Arbeitssicherheit und den Arbeits- und Gesundheitsschutz weiter zu verbessern.

Mit dem ersten Projekt richtete sich die Initiative mit einer Broschüre, welche die BBG herausgab, an Unternehmensführungen und verantwortliche Personen der Auftraggeber sowie Auftragsnehmer beim Einsatz von Fremdfirmen-Mitarbeitern.

Initiatoren der Initiative waren die Bergbau-Berufsgenossenschaft, die IG Bergbau, Chemie, Energie, das Landesbergamt Brandenburg und das sächsische Oberbergamt.

Zu den **beteiligten Unternehmen** des ersten Projektes gehörten die BUL Brandenburg GmbH, die BUL Sachsen GmbH, die Kali+Salz AG, die LMBV mbH, die MIBRAG mbH und die VEAG. **Kooperationspartner** war die Landesanstalt für Arbeitsschutz des Landes NRW.



Nachfolgend werden u. a. einige übersichtlichen Darstellungen zum Einsatz von Fremdfirmen und Leiharbeitnehmern aus der Broschüre wiedergegeben.

GISAG – Arbeitsschutz beim Einsatz von Fremdfirmen oder Leiharbeitnehmern

Was haben Auftraggeber und Auftragnehmer gemeinsam zu gewährleisten?

Sie haben die Pflicht zur Unterrichtung, Abstimmung und Erteilung von geeigneten Anweisungen an die Beschäftigten. Zusätzlich ist es erforderlich, sich wiederholt zu vergewissern, dass die notwendigen Schutzmaßnahmen zum Sicherheits- und Gesundheitsschutz in der Praxis umgesetzt werden.

— → Ergänzende Sicherheitsüberwachung

Quelle: GISAG

Gemeinschaftsinitiative Sicherheit, Arbeit- und Gesundheitsschutz (GISAG) Andreas Koch, Folie 4

GISAG – Arbeitsschutz beim Einsatz von Fremdfirmen oder Leiharbeitnehmern

Was haben Auftraggeber und Auftragnehmer gemeinsam zu gewährleisten?

Koordination

1. Unterrichtung
2. Abstimmung / Maßnahmen festlegen
3. Anweisungen an eigene Beschäftigte
4. Kontrolle

Quelle: GISAG

Gemeinschaftsinitiative Sicherheit, Arbeit- und Gesundheitsschutz (GISAG) Andreas Koch, Folie 3

Was hat der Auftraggeber zu beachten?



Quelle: GISAG

Was hat der Auftraggeber beim Einsatz von Fremdfirmen und Leiharbeitnehmern zu beachten?

Der Auftraggeber muss die Aufgaben und Pflichten des Auftragnehmers vertraglich festlegen. Dazu zählen die Einhaltung von Rechtsvorschriften, von Festlegungen in die Betriebspläne sowie Sicherheits- und Gesundheitsschutzdokumente (Bergbaubetriebe) bzw. den Dokumentationen nach dem Arbeitsschutzgesetz (andere Wirtschaftszweige, Dienstleister und Verwaltungen) Weiterhin sind betriebliche Anweisungen einzuhalten.

Die Erledigung betrieblicher Aufgaben und Dienstleistungen kann vom Auftraggeber an Fremdfirmen zum Einen durch Arbeitnehmerüberlassung oder zum Anderen durch Werks/ Dienstvertrag übertragen werden.

Quelle: GISAG

[zurück](#)

Zentrale Arbeitsschutzseminare der IG BCE

IG Bergbau, Chemie, Energie / Abteilung Arbeitsschutz

Arbeitsschutzseminare (Stand 2001)

- Grundlagen des betrieblichen Arbeitsschutzes (BR VIII) [wird in den Landesbezirken angeboten]
- Grundlagen des Arbeitsschutzes unter Bergrecht
- Sicherheit und Gesundheitsschutz durch Unfall- und Gefährdungsverhütung im Betrieb
- Sicherheit und Gesundheitsschutz bei Lärmbelastung und manueller Lastenhandhabung
- Sicherheit und Gesundheitsschutz bei Bildschirmarbeit und psychischer Belastung
- Sicherheit und Gesundheitsschutz im untertägigen Bergbau
- Sicherheit und Gesundheitsschutz beim Umgang mit Gefahrstoffen
- Sicherheit und Gesundheitsschutz beim Umgang mit Gefahrstoffen im untertägigen Bergbau
- Sicherheits- und Gesundheitsschutzdokument und Betriebsplanverfahren im Bergbau
- Prävention durch betriebliches Arbeitsschutz- und Umweltschutzmanagement
- Betriebliche Gesundheitsförderung (mit der Abteilung Sozialpolitik)
- diverse Arbeitstagungen

Themenpläne der Arbeitsschutzseminare

Stand: 15.11.2000, Seite 1

[zur IG BCE und zum aktuellen Seminarangebot](#)



[zurück](#)

EU-Workshop des Beratende Ausschuss der EGKS im Juni 1996 in Gubbio

Der Beratende Ausschuss der EGKS/Europäischen Union für die Betriebsicherheit und den Gesundheitsschutz im Steinkohlenbergbau und in den anderen mineralgewinnenden Industriezweigen, der drittelparitätlich mit Vertretern der staatlichen Institutionen, der Arbeitgeber und Arbeitnehmer besetzt war, führte zu Ausübung seiner Aufgabe der Verbesserung des Arbeitsschutzes in den zuständigen Bereichen auch internationale Workshops durch. So auch 1996 im italienischen Gubbio, an der aus unserem Organisationsbereich außer mir noch 2 weitere Kollegen von der Schachtbau Nordhausen GmbH teilnahmen. Thema des Workshops war der Stand der Umsetzung der EG-Rahmenrichtlinie und weiterer EG-Richtlinien zum sozialen Arbeitsschutz in die betriebliche Praxis.



mit den beiden Kollegen der Schachtbau Nordhausen GmbH
auf dem Flughafen Düsseldorf



WORKSHOP ON
"RISK ASSESSMENT"
Gubbio, June 21, 1996

A. Koch

 **Mining Italiana**

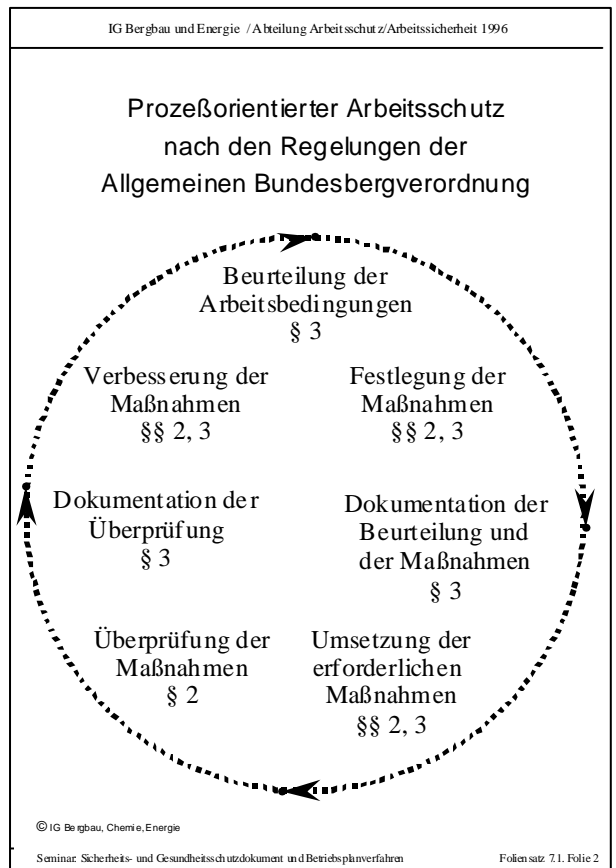
Der Workshop, auf welchem aus verschiedenen EU-Ländern über den jeweiligen Stand der Umsetzung der EG-Richtlinien zum sozialen Arbeitsschutz berichtet wurde, bot auch die Möglichkeit zur Diskussion.

Mit einem kurzen Wortbeitrag konnte ich die durch Dr. A. Keusgen vom Bundeswirtschaftsministerium für die rasche nationale Umsetzung von Europäischen Arbeitsschutzrichtlinien durch die Allgemeinen Bundesbergverordnung (ABergV), an der auch die IG BCE beteiligt war, positiv bewerten. Damit war der Bergbau mit der Umsetzung vorbildhaft für die übrige Wirtschaft, wo die Umsetzung bis dahin noch nicht erfolgt war. Mit dem mit der ABergV sowie der Gesundheitsschutz-Bergverordnung (GesBergV) erreichten Stand war die Bundesrepublik Deutschland beispielgebend für die Europäische Union.

IG Bergbau, Chemie, Energie / Abteilung Arbeitsschutz	
Durch ABergV und GesBergV umgesetzte EG-Richtlinien	
<ul style="list-style-type: none"> • <u>Teile der Rahmenrichtlinie 89/391/EWG</u> „Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes“ 	
<ul style="list-style-type: none"> • <u>2. Einzelrichtlinie 89/654/EWG</u> „Benutzung von Arbeitsmitteln“ • <u>3. Einzelrichtlinie 89/656/EWG</u> „Persönliche Schutzausrüstungen“ • <u>4. Einzelrichtlinie 90/269/EWG</u> „Manuelle Handhabung von Lasten“ • <u>5. Einzelrichtlinie 90/270/EWG</u> „Arbeit an Bildschirmgeräten“ 	<ul style="list-style-type: none"> • <u>9. Einzelrichtlinie 92/58/EWG</u> „Sicherheits- und Gesundheitschutzkennzeichnung“ • <u>11. Einzelrichtlinie 92/91/EWG</u> „Durch Bohrungen Mineralien gewinnende Betriebe“ • <u>12. Einzelrichtlinie 92/104/EWG</u> „Mineralgewinnende Betriebe“
nach Werner Gigo	
<small>Seminar Sicherheits- und Gesundheitsschutzdokument und Betriebsplanverfahren Foliensatz 7.1. Folie 1</small>	

Mit der Allgemeinen Bundesbergverordnung (ABergV) wurde neben dem schon bestehenden Betriebsplanverfahren, in dem der Arbeits- und Gesundheitsschutz ebenfals zu berücksichtigen ist, endgültig ein dynamischer Arbeitsschutz manifestiert, der entsprechend den EG-Vorgaben eine ständige Verbesserung entsprechend einer schriftlich zu dokumentierenden Gefährdungsbeurteilung vorsieht.

Zugleich wurden die Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte im sozialen Arbeitsschutz wesentlich erweitert. Zu den in einer auslegbaren Vorschrift (sachgerechte Verknüpfung von Arbeitsorganisation, sonstigen Arbeitsbedingungen und sozialen Beziehungen) aufgeführten Angelegenheiten gehörten nun u. a. **auch psychische Belastungen**.



IG Bergbau und Energie / Abteilung Arbeitsschutz/Arbeitsicherheit 1996

§ 87 BetrVG Mitbestimmungsrechte

(1) Der Betriebsrat hat, soweit eine gesetzliche oder tarifliche Regelung nicht besteht, in folgenden Angelegenheiten mitzubestimmen:

7. Regelungen über die Verhütung von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten sowie über den Gesundheitsschutz im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften oder der Unfallverhütungsvorschriften

Seminar: Sicherheits- und Gesundheitschutzdokument und Betriebsplanverfahren
Foliensatz 7.1, Folie 3

IG Bergbau und Energie / Abteilung Arbeitsschutz/Arbeitsicherheit 1996

Auswirkungen der Allgemeinen Bundesbergverordnung auf die Mitbestimmung

z.B. § 2 der ABergV: ...

5. bei der Planung der Gefahrenverhütung ist eine sachgerechte Verknüpfung von Technik, Arbeitsorganisation, sonstige Arbeitsbedingungen, sozialen Beziehungen und Einflüssen der Umwelt auf den Arbeitsplatz anzustreben;

*Mitbestimmung nach § 87 (1) 7 BetrVG:
Was ist eine sachgerechte Verknüpfung von ...?*

Seminar: Sicherheits- und Gesundheitschutzdokument und Betriebsplanverfahren
Foliensatz 7.1, Folie 4



Zum offiziellen Programm der Tagung gehörten auch die Befahrung und der Erfahrungsaustausch in einem Steinbruchbetrieb und eines Zementwerkes.



hier im Erfahrungsaustausch mit einer (deutschsprechenden) Vertreterin des italienischen Steinbruchbetriebes und Zementwerkes



hier im Gespräch mit Vertretern der EU-Generaldirektion V,
Herrn Dr. Edgar Rother (rechts), des Bundeswirtschaftsministeriums,
Herrn Dr. Andreas Keusgen (3. v. links) sowie dem
Bundessozialministerium (2.v. links)



Sprengung zur Gesteinslockerung im Steinbruch



Für die kulturelle Umrahmung des Workshops sorgte ein Auftritt von Fahnschwenkern am Tag der Anreise am Tagungsort in Gubbio sowie eine halbtägige Exkursion nach Assisi.



Schnapschuss nach einem mehrgängigen Mittagessen

mit am Tisch ein Kollege/Arbeitsschutzbeauftragter des Betriebsrates der Schachtbau Nordhausen GmbH (links), ein Gewerkschaftskollege aus Großbritannien (2. v. links) und ein weiterer Sachverständiger von der Steinbruch-Berufsgenossenschaft (2. v. rechts)



Die Zeit bis zum Abflug nutzten wir für einen privaten Blitzbesuch in Rom.



[zurück](#)

Seminar mit ehren- und hauptamtlichen Funktionären der Unabhängigen Bergarbeitergewerkschaft im Oktober 1996 in Donezk

Mit dem Kollegen Andreas Wieder (IG BE) flog ich ab Düsseldorf über Frankfurt a. M. zum Flughafen der ukrainischen Hauptstadt Kiew. In Düsseldorf wurde unser Gepäck jedoch nicht rechtzeitig umgeladen, so dass wir in Kiew ohne diese ankamen. Bei der Suche nach unseren vermissten Koffern in Kiew halfen mir meine Russischkenntnisse aus der Schulezeit leider nur wenig. Das vor dem Einreisebereich wartende Empfangskomitee mit landesüblichen Sprachkenntnissen konnte uns nicht helfen, da wir im Zollbereich festsaßen.

Wir konnten uns jedoch mit den Zollbeamten irgendwie doch darauf verständigen, dass wir ohne unsere Koffer mit dem Zug (ca. 15 Stunden) nach Donezk weiterreisen und Vertreter der Unabhängigen Bergarbeitergewerkschaft unsere mit dem nächsten Flugzeug eintreffenden Koffer abholen und mit dem Zug nachschicken. Das hat auch 2 Tage später funktioniert. Bis dahin mussten uns die ehren -und hauptamtlichen Seminarteilnehmer unrasiert ertragen.

Seminar im Oktober 1996 in Donezk (Ukraine)

Referent 1.+2. Tag: Andreas Wieder

- Gewerkschaftsarbeit
- Tarifverträge und Streikrecht

Referent 3.+4. Tag: Andreas Koch

- Soziale Sicherungssysteme
- Arbeitsschutz und Berufsgenossenschaften





links neben mir (mitte) der Vorsitzende der Unabhängigen Bergarbeitergewerkschaft Michail Wolinez (3. v links)

hier gemeinsam mit dem Leiter der Zweigstelle der Friedrich-Ebert-Stiftung Kiew (links im Bild) in der Waschkau zum Umkleiden der Bergleute

für deutsche Verhältnisse ungewohnt die Besetzung der Kauen mit einer Frau (Bildmitte)

einfahrbereit (rechts) für die Grubenfahrt, die uns den schlechten Stand (fünfziger Jahre in Deutschland) in der Arbeitssicherheit im ukrainischen Steinkohlenbergbau offenbarte

*Anmerkung:
Nach der Grubenfahrt konnten wir anders als im Hotel warm duschen!*





ehren- und hauptamtliche Teilnehmer des 4-tägigen Seminars



Auf eine während der Vorstellung aufgeworfene Frage wegen meiner Tätigkeit als Gewerkschaftsfunktionär und der gleichzeitigen Zugehörigkeit zu einer Partei (SPD) konnte ich überzeugend erläutern, dass Gewerkschaftsfunktionäre und Gewerkschaftsmitglieder schon in einer Partei sein sollten. Jedoch dürfte es auf keinen Fall - wie von Lenin (überdimensionales Überbleibsel an der Wand) gewünscht - dazu führen, dass die Gewerkschaften parteihörig werden, sondern die Gewerkschaften müssen die Parteien auf ihre Linie bringen, ihre Forderungen geltend machen und interessenwirksam durchsetzen!

Mit dieser für die Seminarteilnehmer wichtigen Klarstellung eroberte ich die Herzen der ukrainischen Kollegen und ein Vertreter heftete mir (2. v. rechts) in einer Seminarpause dafür seinen eigenen Gewerkschaftsanstecker an die Brust.



Im Hotel Freundschaft (*Druschba*), in dem wir untergebracht waren, gab es während unserer Anwesenheit kein warmes Wasser und keine Heizung. Es war jedoch das Einzige der Stadt. Duschen konnten wir jedoch auf einem Bergwerk nach einer Grubenfahrt sowie beim Leiter des örtlichen Grubenrettungswesens.



breitspurige Langstreckenwaggons unseres Zuges nach Kiew



Gespräch im Abteil mit dem Vorsitzenden (2. von links) sowie der für Sozialpolitik zuständigen Kollegin des Vorstandes (links) der Unabhängigen Bergarbeitergewerkschaft der Ukraine und dem Kollegen Andreas Wieder der Abt. Internationales der IG Bergbau und Energie (2. von rechts)



unser excellenter Dolmetscher (links) neben dem Dienstwagen der u. a. auch in Kiew vertretenen Friedrich-Ebert-Stiftung in der Hauptstadt der Ukraine

Excellent war der Dolmetscher, weil er nicht nur fließend übersetzte, sondern auch das inhaltlich verstand, was er übersetzte und Nachfragen dadurch teilweise beantworten konnte, ohne die Fragen erneut an uns zu richten. Er war auch bei einem Gegenbesuch 1997 in Recklinghausen wieder mit von der Partie.



Gemeinsam mit einem ukrainischen Mitarbeiter der Friedrich-Ebert-Stiftung, der das Seminar organisatorisch mit vorbereitet hatte, in der Kiewer Zweigstelle der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Stippvisite in Kiew

[zurück](#)

[Alle Fotos vom Seminar hier!](#)

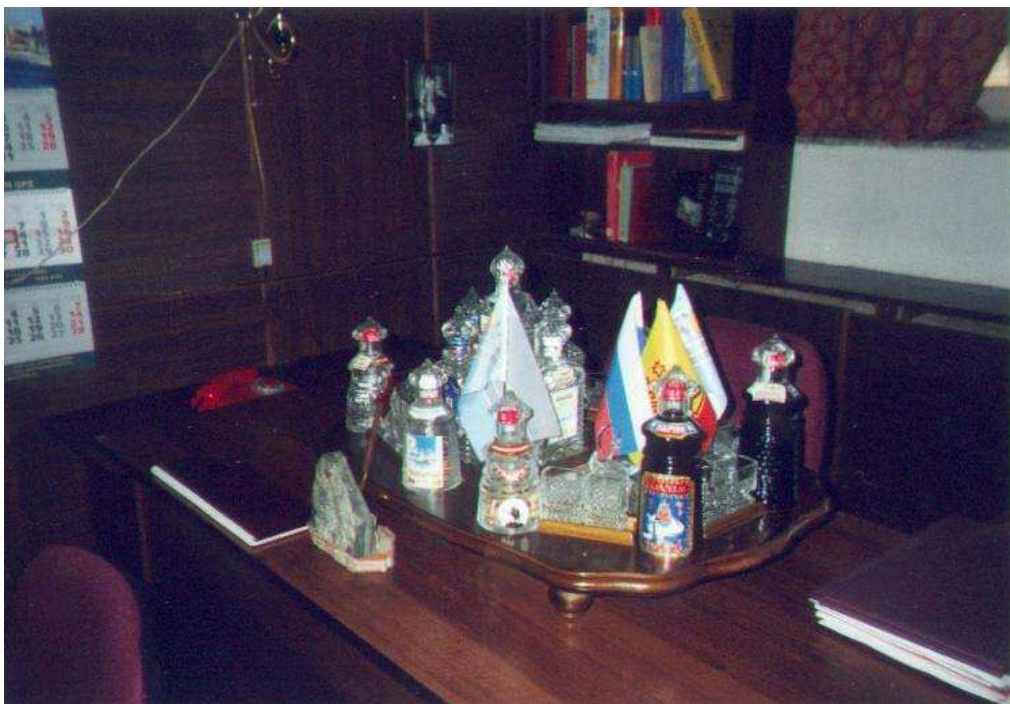
[Gegenbesuch einer ukrainischen Delegation 1997 u. a. auch im Recklinghäuser Rathaus hier!](#)



Mitarbeit im TACIS-Projekt in Moskau zur Verbesserung der Grubensicherheit im russischen Bergbau



Vorbereitung auf die Arbeitsitzung am 13.09.2001
im Institut für Bergbau in Moskau



Moskauer Kreml in einer etwas anderen Form in einem
Büro des Bergbauinstitutes



Metrofahrkarte

nach der Sitzung auf dem Roten Platz ([alle Fotos der Dienstreise hier!](#))

Nach einer Stippvisite mit einem weiteren ehrenamtlichen Mitarbeiter des TACIS-Projektes, dem Kollegen Amthor von der DMT Bochum, auf dem roten Platz sowie im Kaufhaus GUM fuhren wir auf eigene Faust mit einem Taxi, dass wir uns in einem nahegelegenen Hotel organisierten, noch zur russischen Bergarbeitergewerkschaft, die entgegen den Absprachen von russischer Seite nicht zur Sitzung eingeladen wurde.

Wir hatten kurzfristig durch ein Telefonat mit dem Leiter der Abt. Internationales dieser Gewerkschaft, den ich von einem anderen Projekt in Kemerowo (Sibirien) kannte, noch einen Termin beim Vorsitzenden der zuständigen Bergarbeitergewerkschaft erhalten. Wir setzten die russischen Gewerkschaftskollegen genauestens über das Projekt und den Stand in Kenntnis. Mit dem Projekt ging um die Verminderung von Arbeitsunfällen, Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Arbeitssicherheitsstandards in der Kohleindustrie der Russischen Föderation

Während des Projektes und in meinem späteren Beitrag zum Abschlussbericht ging ich umfassend auf die Roller der betrieblichen Interessenvertretung (in Deutschland der Betriebsräte) und den Einfluss der überbetrieblichen Gewerkschaft ein. Unser Ziel war es, eine ähnliche Rolle und Beteiligung wie in Deutschland auch in Russland zu initiieren. Gleiches traf für das Arbeitsschutzmanagement zu. (siehe zu diesen Themen „Bergbauprojekt in Moskau“ auf meiner Homepage www.andreas-e-koch.de Seite 4 „Kontakt+Sonstiges“ unter „Wissenswertes“ und Inhaltsangabe auf den folgenden Seiten)



Für unsere bisherigen Aktivitäten und aus Fragen der Gastfreundschaft wurden wir vom Gewerkschaftsvorsitzenden reichlich beschenkt, u. a. mit einem Wimpel (Foto).

Reduction of industrial injuries, improvement of labour conditions and occupational safety standards in the coal industry of the Russian Federation

Verminderung von Arbeitsunfällen, Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Arbeitssicherheitsstandards in der Kohleindustrie der Russischen Föderation

Authors

Germany:

Wilfried Amthor
Consultant, DMT, Bottrop
Rainer Hering
Security engineer, DSK, Herne
Andreas Koch
Secretary of trade union, IG BCE, Bochum
Juergen Wittig
Free-lancer consultant, GZB, Berlin

Russian Federation

Lev Puchkov
Rector of the Moscow State Mining University (MSMU),
Moscow
Yuri Smorchkov
Head of the department, professor Upgrade Qualification
Institute for Management of the mining industry, Moscow

**editorship Juergen Wittig,
by order of DMT-Gesellschaft für Lehre und Bildung mbH, Bochum,
Deutschland.**

This report has been prepared by DMT-Gesellschaft für Lehre und Bildung mbH, Bochum, Deutschland. The findings, conclusions and interpretations expressed in this document are those of DMT-Gesellschaft für Lehre und Bildung mbH alone and should in no way be taken to reflect the policies or opinions of the European Commission.

Table of contents

1. document 1 page 4-10

Recommendations on strengthening the federal and regional policy and the management structure in the field of occupational safety in order to improve safety and working conditions in the coal sector

Guidelines for the Ministry of Energy of the Russian Federation

Empfehlungen zu den Grundsätzen und Managementstrukturen für die Erhöhung der Arbeitssicherheit im Kohlesektor

Leitlinien für das Ministerium für Brennstoffe und Energie Russlands

2. document 2 page 11-20

Recommendations on amending the existing legislation, norms and standards

Empfehlungen zu Ergänzungen und Veränderungen der gesetzlichen Grundlagen und normativen Akte auf dem Gebiet der Arbeitssicherheit

document 3

page 21-42

Draft documents on industrial safety regulation

Handbuch für die Bestimmung der Verantwortung und die Organisation der Arbeitssicherheit

3. document 4 page 42-48

Draft documents on strengthening of control over occupational safety requirements implementation

Empfehlungen zur Motivationsausbildung und für das Controlling auf dem Gebiet der Arbeitssicherheit

deutschsprachiger Abschlussbericht siehe www.ein-humanist.de unter
Wissenswertes auf der Seite Kontakt+Sonstiges
„Bergbauprojekt in Moskau“

[zurück](#)